Senioren-Report

Geschäftsstelle Berlin **Ausgabe 106** **Feb 2021**

Demo? Mit zwei Personen aus drei Haushalten?

Zusammenhalt und Solidarität geht in vielen Formen

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Burkhard Bildt · Coronakritik *1*

Jahresabschluss · Betriebsrente *2*

Delegiertenversammlung..... *3*

Protest bei Daimler *4*

Sozialer Wohnungsbau · Renteneintrittsalter *5*

Rentenkampagne *6*

Tarif im Handwerk - S-Bahn-Protest.....*7*

Pauschbeträge für Behinderte · Mobilität beschränkt ... *8*

M+E Tarifrunde · Mindestlohn *9*

Elektr. Patientenakte · Grundrente..... *10*

Betriebsbetreuer · Geburtstage *11*

Volksbegehren „Deutsche Wohnen“..... *12*

Robert Stock, Berliner Unternehmer *13*

Öffentl. Toiletten · Mitgliedertreffen 2020/2021 ..... *14*

Impressum

Redaktion:
Ramon Zorn, Ingrid Henneberg, Hartmut Herold, Hartmut Meyer,
Klaus Murawski, Manuela Wegener, Monika Wittek
Titelbild: Hartmut Herold
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 09. April 2021
V.i.S.d.P.: Burkhard Bildt, IG Metall Berlin
Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:
seniorenreport@neue-dateien.de

Senioren-Report im Internet:
www.igmetall-berlin.de/gruppen/arbeitskreise/ak-senioren/senioren-report

Grußwort

Burkhard Bildt
zuständiger Sekretär für die Seniorenarbeit in der Geschäftsstelle Berlin

Liebe KollegInnen,

das Jahr 2020 haben wir hinter uns gelassen. So wird es auch dem neuen Jahr ergehen, in dem ich euch vor allem Gesundheit wünsche.

Der Jahresstart steht im Spannungsverhältnis von Hoffnung und Verzweiflung. Dies kommt nicht nur in den Ereignissen rund um die US-Wahlen, sondern auch in den Entwicklungen zum Ausdruck, die uns die Pandemie beschert.

Pandemie hin, Pandemie her. Wir sollten dem Virus mit Respekt entgegentreten, uns jedoch nicht von ihm vereinnahmen lassen. Das verklärt nur den Blick für die laufenden Prozesse, die sich zwar beschleunigen, ihrem Wesen nach jedoch auch ohne Virus tagesaktuell sind.

Die Interessenskonflikte werden sich zuspitzen. Aktuell kündigt sich dies in der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie an. Die Arbeitgeber sehen keinen Verteilungsspielraum, trotz Dax-Rekordhöhen, und die IG Metall wird für Einkommen und Arbeitsplätze kämpfen. Das sind Fragen der Gerechtigkeit, Beispiel 35 Stundenwoche.

Einkommen sind nicht nur wichtig, ihre Bedeutung wird steigen. Vor allem das Transformationsthema „Klimakatastrophe verhindern“ wird immer deutlicher machen, dass es Geld kostet. Aktuell erfahren wir dies an den Tankstellen, zeitversetzt in den Betriebskostenabrechnungen unserer Vermieter. Nach der Bundestagswahl rechne ich damit, dass die Auseinandersetzungen um die Frage, wer bezahlt die Staatsschulden? schärfer werden. Werden die Wohlhabenden freiwillig ihren Beitrag leisten, oder müssen wir auf die Straße?

Für Senioren wird es finanziell enger werden. Null Rentenerhöhung bei steigenden Kosten. Ausbleibende Reformen in der Rentenversicherung können jetzt bitter aufstoßen.

Wir sollten uns auf die anstehenden Verteilungskämpfe vorbereiten.

Beste Grüße
Burkhard Bildt

Immer noch derselbe Virus

oder eine Mutation?

Das Jahr 2020 war höchst lehrreich. Wir haben nicht nur viele neue Wörter lernen dürfen (zum Beispiel R-Wert, Inzidenz, AHA-Regel) sondern auch, dass „negativ“ beim Test positiv ist.

Die Corona-Pandemie beherrscht alle Nachrichtenkanäle. Wir werden von allen Seiten pausenlos bombadiert mit Informationen. Wie viele Infektionen, Intensivbetten und Todesfälle gibt es in Berlin, Deutschland und in anderen Ländern. Wie ist die Lage in den Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kitas und Schulen. Wie wird die Ausbreitung des Virus bekämpft.

Wissenschaftler, die empfehlen und Politiker, die entscheiden sind im ständigen Austausch. Die Situation ist für alle neu, keiner kann in die Zukunft sehen. Deswegen ist Vieles ein Vorwärtstasten im Dunkeln.

Ständig wechselnde Maßnahmen

Wir leiden alle unter diesen Maßnahmen, mehr oder weniger. Viele sind in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht, manche nur ein wenig im Komfort eingeschränkt. Die Regierung „fährt auf Sicht“. Das heißt, die Maßnahmen werden fast im Wochenrhythmus neu festgelegt. Die Entwicklung der Ereignisse erfordert immer wieder eine neue Beurteilung der Lage.

Während die Industrie scheinbar völlig unbehelligt weiter produziert, wird Kultur und Bildung lahmgelegt. Trotz anders lautender Beteuerungen werden Kitas und Schulen in den Bundesländern mit den unterschiedlichsten Konzepten betrieben. Der Kampf um die Deutungshoheit tobt hier besonders.

Bei anderen Branchen und Berufsgruppen scheint zwar Einigkeit über die nötigen Maßnahmen zu herrschen, aber das liegt eventuell nur an der geringeren politischen Macht.

Manche Maßnahmen erklären sich Jedem sofort, andere sind auch dem Wohlwollenden nicht verständlich zu machen. Das ruft Verschwörungstheoretiker, Querdenker und andere Verwirrte auf den Plan. Schlagersänger und Köche verbreiten Unsinn, den manche Leute lieber hören als die Warnungen der Fachleute.

Was wäre, wenn

Wie sähe die Situation aus, wenn sich **alle** an die Beschränkungen gehalten hätten und nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung? Wenn nicht Ignoranz, Übermut und Trotz den Erfolg der Pandemie-Bekämpfung gefährden würden?

Wir behalten einen kühlen Kopf, mit FFP2-Maske und auf Abstand, damit wir gesund bleiben und auch keinen anstecken.

Ramon Zorn

Mitgliederversammlung am 25. November 2020

Der etwas andere Jahresabschluss

Fotos Ramon Zorn

Die Leitung unseres Senioren-Arbeitskreises hatte beschlossen, trotz Corona-Zeiten zum Jahresende 2020 eine angepasste Feier durchzuführen. Die übliche „Rauschende Ballnacht“ mit 80 bis 100 Teilnehmern konnte es natürlich nicht sein. Als Termin wurde der 25. November 14 Uhr gewählt. Im Alwin-Brandes-Saal waren maximal 50 Personen zugelassen, die sich natürlich vorher anzumelden hatten.

Das Glas Sekt zur Hebung der Stimmung – gestrichen.

Ein Stück Torte oder auch zwei – gestrichen.

Tische mit festlicher Dekoration – gestrichen.

Dafür zwei Anwesenheitslisten: eine übliche und eine für Corona. So saßen wir mit 1,5 Meter Abstand und Maske wenigstens in Sichtweite.

Das Programm umfasste eine Rückschau auf die noch machbaren Veranstaltungen in 2020. Wir hatten doch einiges auf die Beine gestellt, um unsere Senioren nicht zu vergessen, was auch dankbaren Beifall auslöste.

Die Vorschau auf das Jahr 2021 wurde ebenfalls vorgestellt und fand die Zustimmung der Anwesenden. Ob wir sie durchführen können, wissen wir nicht. Statt Märchenerzählung beschränkten wir uns auf zwei kleine, lustige Geschichten, die vorgelesen wurden.

30 Senioren waren unserer Einladung gefolgt. Uns allen gegenseitig „Alles Gute und viel Gesundheit“ wünschend, wurde die Zusammenkunft um 16 Uhr beendet.

Ingrid Henneberg

Neue Berechnung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge auf Betriebsrenten

Seit dem 1. Januar 2020 gilt ein neues Gesetz für die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung auf Betriebsrenten sowie private Renten inklusive Einmalzahlungen. Seitdem gibt es einen Freibetrag von 159 Euro, bis zu dem überhaupt keine Beiträge bezahlt werden müssen. Wer zum Beispiel eine Betriebsrente von monatlich 200 Euro bekommt, zahlt nur noch auf 41 Euro Sozialversicherungsbeiträge.

Der größte Teil der Betriebsrentner wird zudem vom bisher zu leistenden Arbeitgeberanteil auf die Sozialbeiträge befreit. Dafür gilt eine Grenze vom doppelten Freibetrag in Höhe von 318 Euro.

Obwohl das Gesetz seit Januar 2020 in Kraft ist, hat es in vielen Fällen sehr lange gedauert, bis es in die Praxis umgesetzt werden konnte. Das lag daran, dass alle Betriebs- und Privatrenten zusammengezählt werden mussten, weil der Freibetrag von 159 Euro bzw. 318 Euro nur einmal zur Anwendung kommt.

Da die Betriebe aber nicht wussten, ob jemand noch eine andere Betriebs- oder Privatrente bekommt, mussten sie warten, bis die Krankenkassen, die die Beiträge kassieren, alle Daten zusammen bekommen und weitergeleitet haben.

Zurzeit beträgt der Beitragssatz für die Krankenversicherung 14,6 Prozent plus Zusatzbeitrag, der je nach Krankenversicherung unterschiedlich hoch ist. Der Beitrag zur Pflegeversicherung beträgt für Menschen mit Kindern 3,05 Prozent und für Menschen ohne Kinder 3,3 Prozent, wobei Arbeitgeber beziehungsweise die Rentenversicherung bei KV und PV jeweils die Hälfte zahlen müssen.

Damit wurde zum großen Teil umgesetzt, was die IG Metall seit vielen Jahren gefordert hat. Allerdings ist es immer noch völlig unakzeptabel, dass man weiterhin ab 318 Euro den Arbeitgeberbeitrag mit bezahlen muss. Hier muss noch nachgearbeitet werden.

Günter Triebe

Delegiertenversammlung am 1. Dezember 2020 – in zwei Etappen

Neuer Besen?

Die erste Delegiertenversammlung mit dem neuen Ersten Bevollmächtigten Jan Otto unterschied sich wenig von den vorherigen. Jedenfalls inhaltlich. In der Form schon, denn sie war zweigeteilt: Zweimal nacheinander sollte es die gleiche Veranstaltung geben, sogar die Nachwahl eines Tarifkommissions-Mitglieds fand in zwei Wahlgängen statt und wurde dann addiert.

Unser Antrag zu Positionspapieren der Geschäftsstelle Berlin (GS) wurde auf dieser Delegiertenversammlung nicht mehr behandelt, da er bereits auf der Ortsvorstandssitzung (OV) wie folgt angenommen wurde: „... Positionspapiere der GS Berlin werden nur mit vorheriger Abstimmung des OV veröffentlicht.“ Was jedoch nicht bedeutet, dass Diskussionen von gesellschaftspolitischen Themen nur noch im Ortsvorstand, nicht etwa auch in der Delegiertenversammlung stattfinden sollen.

Aber: diese Delegiertenversammlung bestand hauptsächlich aus den üblichen Berichten zu Mitgliederzahlen und Aktionen in den Betrieben – nicht dass das nicht auch interessant ist! Die notwendige Verbesserung der Mitgliedergewinnung, des Organisationsgrades und des Haltens der Mitglieder waren die beherrschenden Themen – und natürlich die Tarifauseinandersetzungen im nächsten Jahr.

Aber etwas mehr Diskussionen könnten die Versammlungen durchaus vertragen – im ersten Teil gab es drei Wortmeldungen, im zweiten gab es fünf Wortmeldungen, darunter auch von unserem Kollegen Hartmut Meyer zum Thema Vertrauensleute und Betriebsrat. Eine der Nachfragen im ersten Teil galt dem Projekt 55plus, weil es nicht erwähnt wurde. Prompt war es im zweiten Bericht ein Thema – unser neuer erster Bevollmächtigter nimmt die Stimmen aus der Mitgliedschaft ernst.

Manuela Wegener / Hartmut Herold

Was war sonst noch

Zum Auftakt zeigte Jan Otto ein Video von der Protestaktion bei Daimler in Marienfelde. Hier steht das Werk auf der Kippe. Das war ein erster Einsatz vor Ort für den frischen Ersten Bevollmächtigten.

Auf einer Ortsvorstands-Klausur hatte sich der neue Vorstand der Arbeitsweise für die Zukunft gewidmet. Die Betreuung der Betriebe durch die hauptamtlichen Sekretäre soll neu strukturiert werden, durch Klassifizierung der Betriebe.

Sonst noch im Bericht: „Die IG Metall vom Betrieb her denken“, Transformation und Innovation gestalten – Schlagworte, die noch nicht erklären, wie es gehen soll ...

Burkhard Bildt, der IG Metall-Sekretär für das Handwerk, stellte die Tarifsituation in den Handwerksbranchen vor (siehe Seite 7).

Regina Katerndahl, Zweite Bevollmächtigte, erläuterte die Tarifforderungen (siehe Seite 9) und den Zeitplan für die anstehende Tarifrunde in der Elektro- und Metallindustrie.

Ramon Zorn

Günter Triebe gibt den Bericht der Revision *Foto Hartmut Herold*

Daimler-Kolleg:innen kämpfen um ihre Zukunft

Eine machtvolle Demonstration am 9. Dezember 2020 mit 2.500 Daimler-Beschäftigten, ein ganzes Werk ist auf der Straße: Kampf für die Arbeitsplätze! Und auf der Straße dabei war ebenfalls der Senioren-Arbeitskreis der IG Metall Berlin mit seinem Transparent und mit fast zehn Kolleginnen und Kollegen: „Euer Kampf ist unser Kampf – Nur gemeinsam sind wir stark“.

Der Senioren-Arbeitskreis vor Ort Foto Hartmut Herold

Das Werk Marienfelde wurde 1902 gegründet und ist damit das älteste produzierende Werk des Daimler-Konzerns – und das größte nach dem Stammsitz in Stuttgart-Untertürkheim. Aktuell wird in Marienfelde hauptsächlich für die Verbrennertechnik produziert: Getriebeteile, Kraftstoffsysteme, Nockenwellen, Dieselmotoren.

Die Beschäftigten ärgert vor allem eines: „Die Manager haben die Entwicklung zur E-Mobilität verpennt, und jetzt sollen wir die Suppe auslöffeln.“ Das Berliner Werk hängt fast zu 100 Prozent vom Verbrenner ab. An dem Beispiel Marienfelde zeigt sich der Konflikt, der zurzeit den gesamten Konzern betrifft. Dazu gehört auch, dass der alte Werks-Chef René Reif bei Tesla (Grünheide) im Januar 2021 anfing.

Die Unterstützung der Berliner Politiker ist den Kolleg:innen gewiß: prominente Unterstützung auf der Demo von SPD, CDU über die Linkspartei bis hin zu Fridays for Future.

Von 2500 Arbeitsplätze in Marienfelde sollen nur noch 500 bis 700 übrig bleiben. Daimler hatte im Juli 2020 verkündet, die Produktion des V6-Dieselmotors Ende 2021 einzustellen.

Aber – am 22. Mai 2015 wurde zwischen BR und Unternehmen eine „Zukunftsbild“ beschlossen: Ausbau des Mercedes-Benz-Werkes Berlin zum Hightech-Standort für Komponenten zur CO_2-Reduktion. „Wir investieren weiter in die Zukunftsfähigkeit des Standortes

Foto Ramon Zorn

Berlin – insgesamt rund 500 Millionen Euro, davon in diesem Jahr rund 150 Millionen Euro“, so Dr. Hansgeorg Niefer, Standortverantwortlicher Mercedes-Benz Werk Berlin … damals.

Daimlers aktuelles (Spar-)Programm sieht vor, bis 2025 allein an Personalkosten 2 Milliarden Euro einzusparen. Denn: bei der Neustrukturierung geht es nicht allein um eine klimaneutrale Fahrzeugpalette, sondern auch um die Sanierung der gesunkenen Profite: „Das Erreichen des eigenen Renditeanspruchs und ein solider Cashflow haben dabei absolute Priorität“ heißt es im Daimler-Geschäftsbericht.

2020 entfiel im Konzern die Ergebnisbeteiligung, das tarifliche Zusatzgeld wurde nicht ausgezahlt sondern in freie Tage umgewandelt. So sparte der Daimlerkonzern u.a. 5,7 Prozent der Lohnkosten. Das Kürzungsprogramm von Daimler sieht vor, weltweit 30.000 von rund 290.00 Stellen zu streichen.

In Untertürkheim gab es am 11. November 2020 ebenfalls eine Demo – dort sollen 4.000 Arbeitsplätze vernichtet werden.

Andererseits macht ein „Transformationsfonds“ etwas Hoffnung, auf den sich der Gesamt-Betriebsrat und der Konzern am 9. Dezember 2020 (Demo-Tag Marienfelde) verständigten.

Gemeinsame Aktionen aller Werke wären notwendig, um die Angriffe des Daimler-Vorstandes auf die einzelnen Werke abzuwehren.

Ja zum Wandel, Nein zum Stellenabbau!

Hartmut Herold

Foto Ramon Zorn

Es fehlen bezahlbare Wohnungen

Sozialer Wohnungsbau – wer kann sich noch erinnern?

Unsere DGB-Partnergewerkschaft, IG Bauen-Agrar-Umwelt, machte Ende 2020 auf einen Missstand in der Republik aufmerksam – es fehlen Sozialwohnungen! Der Vorsitzende Robert Feiger meinte: „Es wird Zigtausend Corona-Wohnungsverlierer geben, weil ihr Budget für Wohnungskosten schrumpft. Rein rechnerisch verschwinden pro Stunde fünf Sozialwohnungen!“

Zur Geschichte

Das Wohnungsbauprogramm wurde ab 1950 staatlich gefördert. Die Förderung lief meisten über 20 Jahre, danach wurden die Mieten auf das Niveau der privat finanzierten Wohnungsmieten angepasst. Die letzte große Förderung gab es von 1990 bis 1995 mit 150.000 Sozialwohnungen. 2006 wurde die Förderung den Ländern übertragen und der Neubau ging zurück. Zwischen 2002 bis 2017 ging der Bestand an Sozialwohnungen von 2,5 auf 1,2 Millionen zurück, 2019 gab es noch 1,176 Millionen.

Etwa 10 Mrd. Euro wären für etwa 250.000 Sozialneubauwohnungen nötig. Die jährliche Bundesförderung liegt aber nur noch bei etwa 1 Mrd. In den letzten 5 Jahren sind trotz Neubau, durch das Ende der Förderung beim Bestand, im Jahr etwa 43.000 Wohnungen weniger auf dem Markt.

Mietendemo Sept. 2018 *Foto Ramon Zorn*

Warum schreibe ich über dieses Thema?

Am 26. September 2021 sind Bundestags- und gleichzeitig Landtagswahlen in Berlin. Wir Metaller*innen sollten uns mit der Forderung für mehr Sozialwohnungsbau an die Parteien öffentlich äußern. Der Sozialwohnungsbau gehört auch dazu, denn wenn 9 Mrd. für die Lufthansa-Rettung da sind, sollten auch 10 Mrd. für eine ausreichende Wohnungsbauförderung da sein.

Klaus Murawski

Renteneintrittsalter auf der Wunschliste der Arbeitgeber

Sie lassen nicht locker!

Seit 2015: Seniorenaufstand *Foto Ramon Zorn*

Der neu gewählte BDA-Chef (Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) Rainer Dulger macht weiter, wo er als Präsident von Gesamtmetall zuvor aufgehört hat. Er fordert eine Erhöhung des Renteneintrittsalters wegen der Zunahme der Lebenserwartung.

Die CDU ist erfreut, die IG Metall protestiert.

Hans-Jürgen Urban dazu: „Die reflexartigen Forderungen nach einer Erhöhung der Altersgrenzen sind von der Lebensrealität älterer Beschäftigter weit entfernt.“

Verdi fordert das Niveau auf 48 Prozent und höher gegebenenfalls ab 2025 mit Steuern zu sichern. Der DGB Bayern fordert eine Erhöhung des Rentenniveaus von heute rund 48 auf »mindestens 50 Prozent« und die Rücknahme der Rente mit 67 Jahren, somit einen »Kurswechsel in der Rentenpolitik«.

Leider haben wir die SPD nicht als Verbündete auf unserer Seite, denn Hubertus Heil hatte in der Renten-Kommission 2020 noch eine Anhebung der Renten-Altersgrenze befürwortet. Schon zur letzten Bundestagswahl hatten wir gefordert:

„Wer Rentner quält wird nicht gewählt!“

Wir sollten die Parteien daran erinnern.

Klaus Murawski

Gewerkschafter von der Küste im „Seniorenaufstand“

Wann startet die IG Metall eine Rentenkampagne?

Der Koordinierungskreis „Seniorenaufstand“ hatte am 10. Dezember 2020 von 14 bis 19 Uhr einen Workshop veranstaltet, an dem ich teilgenommen habe. Zuvor hatte der Arbeitskreis nach langen Diskussionen Anfang 2020 ein eigenes Renten-Konzept für eine deutlich bessere und gerechtere Rente beschlossen, was sich an dem Modell von Österreich anlehnt. Der Arbeitskreis hat das Ziel, sein Konzept stärker in die öffentliche Diskussion zu tragen. Die Corona-Pandemie hatte aber vorerst die weiteren Aktivitäten ausgebremst.

Das Ziel des Arbeitskreises ist es, eine Kampagne mit folgenden Renten-Schwerpunkten durchzuführen:

- 1,5 % Anwartschaft pro Jahr (Hinweis: war ursprünglich mal die Regel in der gesetzlichen RV) mit dem Ziel 75 % vom durchschnittlichen Nettoeinkommen als Rente zu bekommen
- Eine Mindestversorgung / Mindestrente muss sein – sie muss über der Armutsschwelle liegen
- Altersabsicherung in einer gemeinsamen Versicherung – Erwerbstätigenversicherung
- Eine Mindestrente von wenigstens 1.200 €

Der Workshop

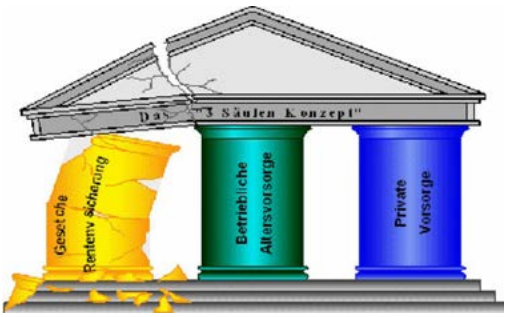
Mit Unterstützung von Ulrike Sumfleth, einer Dozentin für Kampagnenstrategie in Hamburg, wurde nun dieser Workshop als Videokonferenz durchgeführt. Man könnte denken, 5 Stunden konzentriert vor dem Computerbildschirm geht nicht, stimmt, deshalb gab es zwischendurch Pausen.

Plakatvorschlag von Ulrike Sumfleth

Um erfolgreich eine Kampagne durchführen zu können, sollten einige aus dem Marketing bekannte Methoden anwendet werden. Dazu gehören:

Wer ist die Zielgruppe, die wir für uns gewinnen wollen? In diesem Fall Kolleg*innen aus Betrieben, IG Metall aber auch VL's und BR's. Uns geht es um die rentennahen Jahrgänge, denen durch die HARTZ-IV-„Reformen“ und die Rentenpolitik der letzten Jahrzehnte eine Rente auf Sozialhilfeniveau droht. Und um die jüngere Generation, die jetzt die Renten durch ihre Beträge finanzieren und als Rentner irgendwann auch das Recht auf eine gute gesetzliche Rente haben.

Diese Zielgruppe müssen wir genauer bestimmen, um sie auch richtig ansprechen zu können. Argumente werden nur angenommen, wenn diese auch zu den eigenen Interessen und Leben der Zielgruppe passen.



Mit diesem Bild wirbt die Finanzwirtschaft

Die Sprache muss klar und verständlich sein, keine „Funktionärssprache“. Menschen lassen sich mit emotionalen Aussagen für unsere Ideen gewinnen, nüchterne Argumente helfen häufig nicht.

Häufig ist es sinnvoll, die Gegnerschaft bei dem Thema Rente deutlicher zu benennen, mit der Aussage: „**Die Finanzwirtschaft stiehlt uns die Rente**“. Denn die Privatversicherer beeinflussen mit ihrer Lobbyarbeit die Politik in ihrem Sinne. Es wird immer von den Rentensäulen gesprochen. Wir sollten klarstellen, welche Säule die tragende ist.

IG Metall-Kampagne April 2013

Wir sind die **Rentenretter** für die gesetzliche Rente**.** Die IG Metall hatte in ihrer Kampagne auch die drei Rentensäulen als **Renten-Ente** dargestellt. Mit Bildern und Sprüchen werden im Marketing Menschen gewonnen, wir möchten Menschen für eine andere Rentenpolitik gewinnen. Der Workshop geht demnächst in die zweite Runde. Ich denke, wir können auch für unsere Gewerkschaftsarbeit in Berlin daraus etwas lernen.

Klaus Murawski

Tarifsituation in den Handwerksbranchen

Den meisten Delegierten aus der Elektro- und Metallindustrie war nicht bewußt, dass im Handwerksbereich an der Tariffront ordentlich Bewegung ist. Man weiß, dass die Einkommen denen der Industrie hinterherhinken, aber es gibt Punkte, die man sich auch wünschen würde, zum Beispiel die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifregelungen.

Ramon Zorn

Burkhard Bildt, IG Metall-Sekretär für das Handwerk, berichtete auf der Delegiertenversammlung am 1. Dezember 2020 über die Situation in den verschiedenen Branchen des Handwerks.
Mit Aktualisierungen von Januar 2021.

- **Elektrohandwerk (Berlin + Brandenburg)**

Ab Januar 2021 steigen die allgemeinverbindlichen Entgelte um 7,35 %.
Der Tarifvertrag Auszubildende wurde rückwirkend ab September 2020 allgemeinverbindlich.

1.	Lehrjahr	730 €	(+60 €)
2.	Lehrjahr	810 €	(+90 €)
3.	Lehrjahr	870 €	(+100 €)
4.	Lehrjahr	960 €	(+140 €)

Einstieg ins zusätzliche Urlaubsgeld und in die Sonderzahlung mir jeweils 10 % der Ausbildungsvergütung.

- **Metallhandwerk (Berlin + Brandenburg)**

Kündigung des Entgelttarifvertrages und der Tabellen der Entgelte und der Ausbildungsvergütungen zum 31.12.2020.
Forderung: 5 Prozent Entgelterhöhung + 100 € höhere Ausbildungsvergütungen,
Verhandlungsstart 10.12.2020
Verhandlungsergebnis: Entgelterhöhung um 2,5% ab Januar 2021, Laufzeit 12 Monate.
Ausbildungsvergütungen steigen zum 01.01.21 um 20 Euro im 1. Lehrjahr bis um 100 Euro im 4. Lehrjahr, Laufzeit 24 Monate.

- **Tischlerhandwerk Berlin**

Schwierige Verhandlungen zu den Themen Ausbildungsvergütungen und Arbeitszeit für Azubis.
Problem: Gesellen haben 38,5 Stunden Wochenarbeitszeit und Azubis 40 Stunden.

- **Holzverarbeitende Industrie Berlin + Brandenburg**

Schwierige Verhandlungen stehen an.
Angebot **wurde angenommen:**

- 400/450 € Coronaprämie im Dezember 2020
- Ab 1.1.21 + 1,5 % Entgelterhöhung
- Ab 1.7.21 + 1,5 % Entgelterhöhung
- Ausbildungsvergütungen + 3 %
- Laufzeit bis Ende 2021

- **Textilindustrie (West)**

Forderungen:

- + 4 % bei Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung
- Neuer Altersteilzeittarifvertrag mit besserer Aufzahlung (bisher 600 €) und höherer Quote (bisher 2 %)
- Gespräche über Instrumente zur Beschäftigungssicherung, eine Vorteilsregelung für IGM-Mitglieder und einen höheren Bildungsbeitrag im Tarifvertrag BIT

Verhandlungsstart: 8.12.20

Burkhard Bildt

Gegen die Zerschlagung der S-Bahn

Die Ausschreibung der S-Bahn Berlin in Teilbereichen (wir hatten berichtet) sollte am 28.01.2021 enden. Das war der Anlass, sich vor der Verkehrssenatsverwaltung zu versammeln. Corona-bedingt mit nur guten 20 Protestierenden, wir IG Metaller waren wieder dabei.

Mit dem 8-Milliarden-Vorhaben drohen Zerschlagung und Privatisierung der Berliner S-Bahn. Während Chaos und Probleme für Beschäftigte und Fahrgäste vorprogrammiert sind, erwarten die privaten Unternehmen satte Gewinne. Gestellt wird ihnen das Schienenbahnnetz, die Fahrzeuge und die Instandhaltung. Das bedeutet, man braucht nur noch Personal für die Dienstleistung. Beim Bieterverfahren wird die Berliner S-Bahn GmbH nicht mithalten können, denn die sind an gute Tarifverträge gebunden, dank starker Gewerkschaften.

Wir bleiben bei unserer Forderung: Die Ausschreibung sofort stoppen – Verhandlungen zur Übernahme der S-Bahn in ein kommunales Berlin-Brandenburger Unternehmen!

Klaus Murawski

Einkommensteuer:

Pauschbeträge für Menschen mit Behinderung verdoppelt

Ab dem 1. Januar 2021 gelten zum Teil deutlich höhere Pauschbeträge bei der Einkommensteuer für Menschen mit Behinderung.

Pauschbeträge 2020		Pauschbeträge ab 2021	
Grad der Behinderung	Pauschbetrag	Grad der Behinderung	Pauschbetrag
		20	384 Euro
25 und 30	310 Euro	30	620 Euro
35 und 40	430 Euro	40	860 Euro
45 und 50	570 Euro	50	1.140 Euro
55 und 60	720 Euro	60	1.440 Euro
65 und 70	890 Euro	70	1.780 Euro
75 und 80	1.060 Euro	80	2.120 Euro
85 und 90	1.230 Euro	90	2.460 Euro
95 und 100	1.420 Euro	100	2.840 Euro

Für behinderte Menschen, die hilflos im Sinne des Paragraphen 33b Abs. 6 EStG sind, und für Blinde soll sich der Pauschbetrag auf 7.400 Euro (bisher 3.700 Euro) erhöhen.

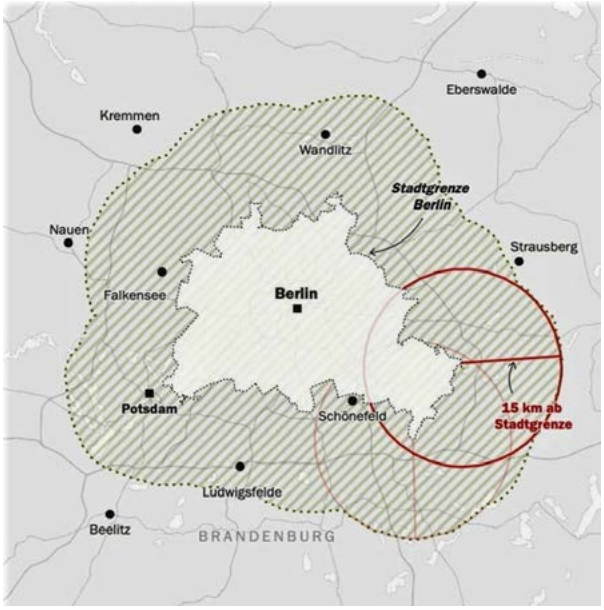
Neu eingeführt wird ein behinderungsbedingter Fahrtkosten-Pauschbetrag. Menschen mit einem Grad der Behinderung (GdB) von mindestens 80 Prozent oder mit einem GdB von 70 Prozent und dem Kennzeichen „G“ gilt ein Pauschbetrag von 900 Euro, für Menschen mit dem Kennzeichen „aG“, „B“ oder „H“ gilt ein Pauschbetrag von 4.500 Euro.

Das ist zwar ein schöner Erfolg, aber das Problem bleibt, dass diese Beträge nicht dynamisiert werden. Die letzte Anpassung vor der jetzigen Neuregelung war 1975. Ich hoffe, dass wir bis zur nächsten Anpassung nicht so lange warten müssen.

Diese Pauschbeträge sind als außergewöhnliche Belastung ohne Einzelnachweis steuermindernd. Für alle Fälle sollte man die Belege für die behinderungsbedingten Ausgaben sammeln. Falls sie höher als die Pauschbeträge ausfallen, ist es eventuell vorteilhafter, diese Kosten bei der Steuererklärung anzusetzen.

Günter Triebe

Im Bannkreis der Pandemie



15 Kilometer um Berlin herum, das ist der erlaubte Lebensraum, den uns der Senat im Lockdown zugesteht. Kein Problem, wir Westberliner sind 28 Jahre lang mit der Stadtgrenze ausgekommen. Der zusätzliche Speckgürtel macht den Kohl nicht fett. Was ist denn da schon? BRANDENBURG! Muss ich da hin? Aber Schmerz beiseite, woher kommt diese Grenze? Warum nicht 10 Kilometer, wäre doch eine schöne runde Zahl.

Mein Verdacht: nichts geschieht zufällig, es gibt ein historisches Vorbild. Der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II hatte im Exil im holländischen Doorn genau diese 15 Kilometer als erlaubten Radius von seinem Haus dort. Da ein weitläufiger Park zum Haus gehörte, hieß das praktisch, das Grundstück nicht zu verlassen. Also sollten wir uns geehrt fühlen: wir werden behandelt wie (Ex-)Monarchen!

Ramon Zorn

Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie

Tarifbewegung 2021 (ehemals 2020)

Im März 2020 hatte die IG Metall ihr Tarifforderungs-Paket vorgestellt und den Arbeitgebern ein Moratorium *(Stillhalteabkommen, wenn die Arbeitgeber keine Entlassungen vornehmen)* vorgeschlagen. Beides hat sich wegen Corona in Luft aufgelöst. Am 17. November 2020 haben die Tarifkommissionen ein neues Paket geschnürt.

Am 16. Dezember 2020 fand die erste Verhandlungsrunde statt, erwartungsgemäß ohne Ergebnis.

Die vier Elemente der Tariffoderung:

- **4 Prozent mehr Volumen für mehr Entgelt** und/oder zur Beschäftigungssicherung
- **Zukunft sicher gestalten** durch betriebliche Zukunftstarifverträge
- **Tarifliches Angleichungsgeld** und zwar jetzt
- **Unbefristete Übernahme aller Ausgebildeten** und Sicherung der Ausbildung

Die IG Metall schreibt: *„Es gibt viele Beispiele, wie man auch ohne Großdemonstrationen unsere Forderungen in die Öffentlichkeit bringen kann und Druck auf die Betriebe ausüben kann. Das diskutieren wir gerade mit den betrieblichen Kolleginnen und Kollegen. Wir sind auf viele kleine Ideen und Aktivitäten angewiesen – wir lernen voneinander!*

Klar ist: Wir wollen einen Tarifabschluss bis Ende Februar ohne Warnstreiks erreichen. Wenn nötig, werden wir unseren Forderungen aber auch mit Warnstreiks unter Coronabedingungen Nachdruck verleihen.“

Die IG Metall will „Tarif-Aktive“ zur Mobilisierung in den Betrieben schulen. Das können Betriebsräte, Vertrauensleute oder auch „einfache“ Mitglieder ohne

Funktion sein. Bei der zweiten Verhandlung am 21. Januar 2021 hatten die Arbeitgeber „angeboten“, den Flächentarif flexibler anwenden zu wollen – zur Kostensenkung. Die IG Metall-Verhandlungskommission hat dankend abgelehnt und noch einmal ihre Forderungen erläutert. Immerhin wurde man sich einig, dass man eine gemeinsame Verantwortung für die Zukunft hat. Aber sonst...

Der Termin für die nächste Verhandlung steht noch nicht fest.

Ab Februar sollen im ganzen Bezirk vor Ort betriebliche Aktionen stattfinden. Sollte bis Ende Februar 2021 in den Verhandlungen kein Ergebnis erzielt werden, folgen nach einem bundesweiten Aktionstag am 1. März Warnstreiks unter Corona-Bedingungen.

Wir haben durch die Pandemie ein ganzes Jahr Tarifentwicklung verloren. Die Industrie dagegen macht gute Geschäfte und fährt satte Gewinne ein. Also ist Verteilungsspielraum vorhanden.

Ramon Zorn

Mindestlohn steigt

Das ist das Mindeste!

Der gesetzliche Mindestlohn wurde im Jahr 2015 eingeführt. Wie im Mindestlohngesetz (MiLoG) vorgesehen, wird er turnusmäßig angepasst.

Zur Anpassung des Mindestlohns hat der Gesetzgeber eine ständige Mindestlohnkommission eingerichtet. Sie besteht aus je drei Mitgliedern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite und einem Vorsitzenden.

Die Bundesregierung schreibt dazu: *„Zu prüfen war, welche Höhe des Mindestlohns geeignet ist, zu einem angemessenen Mindestschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beizutragen, faire und funktionierende Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen sowie Beschäftigung nicht zu gefährden.“*

Die Erhöhung des Mindestlohns erfolgt in vier Stufen, von bisher 9,35 Euro in 2020:

- zum 1. Januar 2021 auf 9,50 Euro
- zum 1. Juli 2021 auf 9,60 Euro
- zum 1. Januar 2022 auf 9,82 Euro
- zum 1. Juli 2022 auf 10,45 Euro

Erstmalig gilt in Deutschland seit 1. Januar 2020 auch eine Mindestausbildungsvergütung. Lehrlinge verdienen seitdem mindestens 515 Euro, sofern ihr Ausbildungsvertrag 2020 begonnen hat.

Ramon Zorn

Digitales Gesundheitswesen

Neue Regelungen im Jahr 2021

Die digitale Durchdringung des Gesundheitswesens wird immer umfassender. Dazu wurden und werden folgende Festlegungen getroffen.

Elektronische Patientenakte (ePA)

Ab 1. Januar 2021 müssen die gesetzlichen Krankenkassen ihren Versicherten eine ePA anbieten.

Der Versicherte hat aber noch das Recht zu entscheiden, ob er für sich eine ePA anlegen lässt, welche Daten erfasst und wer auf diese zugreifen darf.

Im Patientendaten-Schutzgesetz (PDSG) ist festgelegt, dass nur die Patientendaten der aktuellen Behandlungsfälle aufgenommen werden. Es müssen nicht alle vorhandenen Daten des Patienten erfasst werden.

Da die Patienten ein Recht auf das Anlegen einer ePA haben, müssen die Arztpraxen bis zum 30.06.2021 startbereit sein, ansonsten drohen Sanktionen von ein Prozent der Honorarkosten. Das Anlegen der ePA ist für den Versicherten kostenfrei. Ab 1. Januar 2022 können weitere Daten erfasst werden (z. B. Röntgenbilder, Mutterpass, Zahn-Bonusheft und weitere patientenbezogene Daten).

Mit dem Digital-Versorgungs-Gesetz wurden Apotheken (bis Ende September 2020) und Krankenhäuser (bis 1. Januar 2021) verpflichtet, sich an die Telematik-Infrastruktur anzuschließen, um die Daten bearbeiten zu können.

Bundesgesundheitsministerium

Verordnung zum eRezept ab 1. Juli 2021

Alle verschreibungspflichtigen Medikamente, egal in welcher Form (Tabletten, Salbe oder Spray …) sind ab diesem Termin auch digital möglich.

Voraussetzung für diese Art ist eine zentrale App (die z. Z. noch nicht vorliegt) und die Nutzung eines Smartphones. Der behandelnde Arzt erstellt das Rezept ausschließlich digital für die Papierform, die es auch weiterhin geben soll. Es wird mit einem QR-Code gearbeitet, der auch vom Smartphone an die Apotheke gesendet werden kann.

Siegfried Schicke, AG Soziales

Die Grundrente ist da, kommt aber später.

Der Gesetzgeber hat in seiner Weisheit die Berechnung und Berechtigungsbedingungen so kompliziert gestaltet, dass kein vernünftiger Mensch ernsthaft auf die Idee kommt, es selber berechnen zu wollen. Mit Ausnahme von Pippi-Langstrumpf-Arithmetik-Kundigen vielleicht (2 x 3 macht 4 -Widdewiddewitt und 3 macht 9e!).

Darum: Die Rentenversicherung errechnet, wer Grundrente erhält und wieviel. Weil das dauert, wird wohl erst 2022 mit der Auszahlung zu rechnen sein. Sie wird dann auch rückwirkend ab Januar 2021 nachgezahlt.

Wer trotzdem genau wissen will, wie die Grundrente ermittelt wird, kann sich direkt bei der Rentenversicherung im Internet schlau machen. Die IG Metall hat ebenfalls auf ihrer Seite die Bedingungen auseinander klabüsert. Auch auf diversen Printmedien gibt es mehr oder weniger detaillierte Informationen. Wer danach genau weiss, wieviel Grundrente er erwarten kann, darf sich gerne melden. Aber, wie oben erwähnt, es regelt sich alles wie von selbst.

Wir hatten im letzten Senioren-Report schon die Stellungnahme des IG Metall-Vorstands abgedruckt.

Warten auf die Grundrente *Foto Hartmut Herold*

Die Gewerkschaften hatten auf die Grundrente gedrängt. Das Ergebnis ist jedoch dürftig ausgefallen. Statt der erhofften sechs Millionen Beziehern werden es nur noch 1,2 Millionen. Eine Einkommensprüfung findet nun doch statt. Das Hauptanliegen, die Altersarmut wirksam zu bekämpfen, wird nicht erfüllt. Stattdessen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Etwas unfreundlicher ausgedrückt: Spucke aufs tränende Auge der armen Rentner.

Ramon Zorn

Was war 2020, was ist aktuell in 2021

Aus der Arbeitsgruppe Betriebsbetreuer

Was in 2020 geschah: Einige Teilnehmer aus der AG wollen die „55+“-Gruppe mit Aktivitäten unterstützen. Wenn die Arbeitsgruppe an Berufsschultagen Aktionen zwecks Mitgliederwerbung organisiert, würde Hartmut Meyer vor Ort unterstützen.

Im September tritt Gottfried Dolinski von der AG-Leitung zurück und scheidet auch aus dem SenAK aus. Ralf Steckert übernimmt kommissarisch die Leitung, bis zu einer Neuwahl im Dezember. Neuer Sprecher der Gruppe ist Joachim Diercksen, Stellvertreter Ralf Steckert.

Aktuell stehen Tarifverhandlungen im Elektro-, Tischler- und Metall-Handwerk an, die wir unterstützen, sofern es möglich ist.

Joachim Diercksen

Wir gratulieren zum Geburtstag

Ralf Steckert, 70 Jahre

Ralf Steckert

Unser Kollege Ralf Steckert ist am 7. Januar 2021 70 Jahre alt geworden. Ralf ist am 1. April 1971 in die IG Metall eingetreten und nun fast 50 Jahre Mitglied. Er war viele Jahre Betriebsratsvorsitzender bei Schindler und auch Mitglied im Gesamtbetriebsrat, im Konzernbetriebsrat und im Aufsichtsrat. Auch jetzt ist Ralf noch ehrenamtlich für unsere IG Metall tätig und zwar als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht. Er ist seit 2012 Mitglied im Senioren-Arbeitskreis und dort bei den Betriebsbetreuern aktiv.

Lieber Ralf, wir wünschen dir zu deinem runden Geburtstag alles Gute und beste Gesundheit. Wir danken dir für die bisherige Arbeit im Senioren-Arbeitskreis und hoffen, dass du uns noch viele Jahre mit deinen Aktivitäten unterstützt.

Günter Triebe

80 Jahre und kein bisschen leise

Werner Kühnemann

Kinder betet, Vater lötet.

So begann die berufliche Laufbahn unseres Kollegen Werner in einer Hinterhoffirma als Klempner im zerstörten Berlin. Als er merkte, dass da kein Weiterkommen ist, begann er bei einer großen Rohrleitungsfirma zu arbeiten und schaffte es bis zum Betriebsrat und bauleitendem Obermonteur, wo er an einigen Großprojekten in West-Berlin mitarbeitete.

Irgendwann verabschiedete sich die Firma in die Insolvenz und Werner suchte nach neuen Aufgaben. Da kam ein Angebot der IGM wie gerufen und unser Werner startete seine neue Karriere als Facilitymanager, früher sagte man Hausmeister, in der Bildungsstätte Pichelssee.

Was konnte Werner Besseres passieren, als Herr über die gesamte Technik zu sein und dazu noch unter Gästen, die alle IGM-Mitglieder waren. Zusätzlich zu seiner Arbeit war Werner lange Jahre als ehrenamtlicher Richter bei verschiedenen Gerichten, unter anderem beim Arbeitsgericht, tätig.

Aber auch die schönste Zeit geht mal zu Ende. Also suchte sich Werner ein neues Betätigungsfeld.

Da er sich schon immer für die Archäologie interessierte, begann er ein Studium der Archäologie an der FU. Er nahm an einigen Ausgrabungen teil und da kam ihm wohl die Idee, archäologische Reisen in die vorderasiatischen Gebiete zu organisieren. Dann kam der Krieg im Nahen Osten und jetzt auch noch Corona. Kein Präsenzstudium, keine Reisen – WAS TUN?

Werner ist ein strammer SPD-Genosse und seine drei Frauen sind in verschiedenen Organisationen der SPD, der Gewerkschaft und des Staates aktiv. So wird er sicher auch im nächsten Jahr genug zu tun haben.

Was ich an Werner so schätze: man kann sich mit ihm wie die Kesselflicker streiten, aber am nächsten Tag stehen wir wieder gemeinsam für die gerechte Sachen ein.

Die Pandemie hat auch einmal ein Ende und es wird wieder ein Morgenrot geben.

Alles Gute Werner zum achtzigsten.

Peter Krug

Der Volksentscheid zur Rekommunalisierung von Wohnungen

Deutsche Wohnen und Co. enteignen

Oh Schreck, das hört sich ja furchtbar radikal an! Und was haben wir als IG-MetallerInnen damit zu tun?

Naja, wohnen muss ja jeder. In Berlin wohnen circa 85 Prozent der Menschen in Mietwohnungen. Und dass die Miethöhe einen immer größeren Teil des Einkommens verschlingt, ist für viele von uns ein Problem. Was nützen ein paar Prozent Renten- oder Lohnerhöhung, wenn ich das dann gleich wieder an meinen Vermieter weiterreichen muss?

April 2019 *Foto Hartmut Herold*

In Deutschland ist es nur sehr eingeschränkt möglich, etwas auf Landesebene für die Mietwohnungen zu regeln. Unter dem derzeitigen rot-rot-grünen Senat gab es einige Verbesserungen für die verschiedenen Mietergruppen: Da war die Kooperationsvereinbarung mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die schon für viele Mieterleichterungen brachte. Und der Mietendeckel. Allerdings wissen wir nicht, ob das Mietendeckel-Gesetz rechtlich vor den obersten Gerichten Bestand hat. Außerdem ist es nur auf 5 Jahre angelegt.

Auf unserem letzten Gewerkschaftstag haben wir in der Entschließung 2 formuliert: „Die falsche Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte muss gestoppt, die Privatisierungen zurückgenommen und diese Güter wieder der öffentlichen Hand übertragen werden“. Und da kommt die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ ins Spiel, die einen Volksentscheid für dieses Ziel anstrebt.

Worum geht es bei dem Volksentscheid?

Durch den Volksentscheid soll der Berliner Senat aufgefordert werden, ein Gesetz zu erlassen, welches die Vergesellschaftung der Wohnungen von privaten Wohnungsgesellschaften mit mehr als 3000 Berliner Wohnungen regelt, sowie deren Überführung in eine Anstalt öffentlichen Rechts.

Neben Neubau und weiteren gesetzlichen Regulierungen des Wohnungsmarktes ist die (Re-)Kommunalisierung von Wohnungen der sehr großen Immobilienunternehmen *eine* Möglichkeit, um Mieten zu senken und sozialere Wohnungspolitik möglich zu machen.

Vergesellschaftung/Enteignung ist grundgesetzlich geregelt. Unsere Landesverfassung verpflichtet die Politik zu gemeinwohlorientierter Wohnungspolitik. Unter der Überschrift „Grundrechte und Staatsziele“ heißt es in Art. 28.1: „Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Das Land fördert die Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, sowie ...“.

Der Berliner Senat ist also durch die Verfassung verpflichtet, dafür zu sorgen, dass für alle Bürger*innen ausreichend „angemessene“ Wohnungen vorhanden sind. Als „angemessen“ gelten Wohnungen, deren Miete 30 Prozent des Einkommens nicht übersteigt.

Also, warum sollten wir diese Gesetze nicht nutzen? Ich werte die (Re-)Kommunalisierung als Teil einer wohnungsbaupolitischen Offensive und rufe auf, euch an der zweiten Stufe des Volksbegehrens, dem Volksentscheid, zu beteiligen.

Sabine Kördel

Spätestens am 26. Februar will die Initiative mit der Sammlung der über 170.000 nötigen gültigen Unterstützerunterschriften beginnen. Dafür hat sie dann vier Monate Zeit. Die Unterschriftenbögen werden an zahlreichen Sammelstellen ausliegen, können aber auch selbst ausgedruckt oder in den Bürgerämtern unterzeichnet werden.

Auf dem Friedhof entdeckt: ein Stück Berliner Industriegeschichte

Robert Stock – Start-Up-Unternehmer

Corona-Zeiten. Beschränkungen. Manchmal hilft ein kleiner Spaziergang, die eingesperrten Gedanken etwas zu befreien. So zum Beispiel durch einen Besuch von Friedhöfen in der näheren Umgebung: der Luisenstädtische Friedhof an der Bergmannstraße in Kreuzberg.

Interessant sind vor allem Grabmale des 19. und vom Anfang des 20. Jahrhunderts. Zum Beispiel das Grabmal des *Fabrik- und Rittergutsbesitzers Robert Stock.*

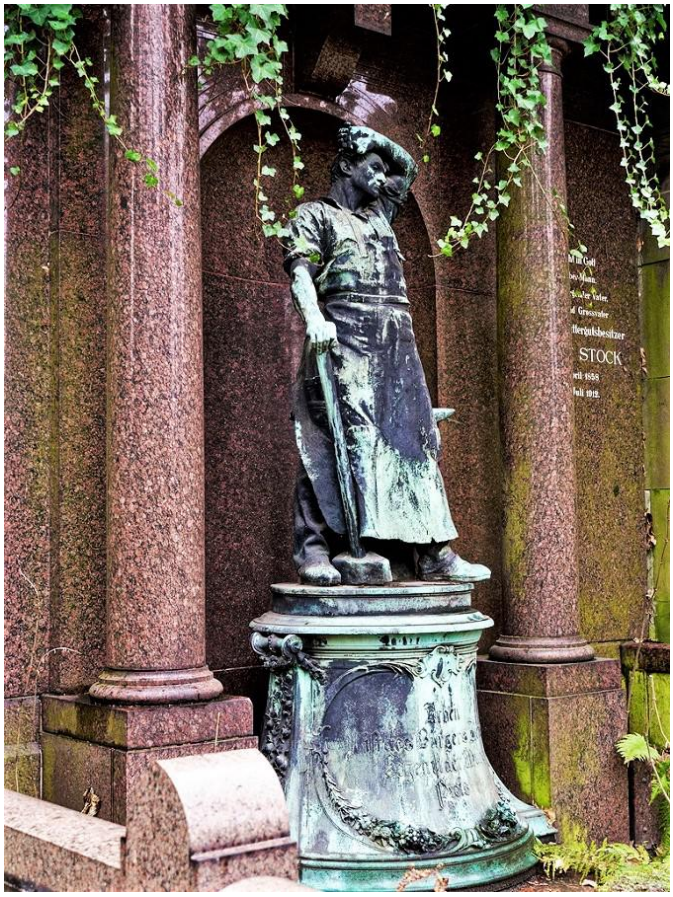


Foto Hartmut Herold

Unüblich auf Friedhöfen ist die lebensgroße Bronze-Figur eines Schmiedes, der sich erschöpft von seiner Arbeit mit dem Arm den Schweiß von der Stirne wischt und sich dabei auf seinen Schmiedehammer stützt.

Üblich dagegen ist der Sinnspruch auf dem Podest (eine Glocke) „Arbeit ist des Bürgers Zierde, Segen ist der Mühe Preis“.

Wer war eigentlich dieser ***Carl Christian Robert Stock***, 1858 geboren und bereits 1912 gestorben?

In Hagenow (Mecklenburg) als Sohn eines Schlossermeisters geboren, war er Schlosser, Büchsenmacher, plante Gleisanlagen in Hagenow. Das Gymnasium in Hagenow trägt seit 1999 seinen Namen. Stock ging dann 1882 nach Berlin und arbeitete zunächst als Dreher bei Ludwig Löwe (Werkzeugmaschinen, Waffenproduktion).

Nach seiner Heirat wechselte Stock zur Telegraphenbaufabrik Mix & Genest, einem Pionier der Telekommunikation. Zur Aufstockung des Familieneinkommens fertigten Stock und seine Frau in Heimarbeit zusätzlich „Blitzspindeln“ auf einer umgebauten Nähmaschine und er machte sich damit später selbständig.

Da seine Produkte qualitativ besser als die der Konkurrenz waren, gründetet er 1887 in Kreuzberg die „Firma für Spulen, Fernhörer und Klingeln“ – die „Deutsche Telefonwerke“ (DeTeWe) – seit 1895 war der Firmensitz in der Zeughofstraße in Kreuzberg.

Stock war sehr erfolgreich, da er den Trend der damaligen Zeit erkannte (Telekommunikation) und eine qualitativ hochstehende Massenfertigung (Vorbild: USA) praktizierte. Beschäftigte motivierte er mit relativ hohen Löhnen, war jedoch bei Verstößen gegen die Arbeitsordnung unnachsichtig – bis zur fristlosen Kündigung. DeTeWe erhielt viele staatliche Aufträge für Fernsprechgroßämter – Stock verließ aber bereits 1900 wieder dieses Unternehmen.

Immer wieder etwas Neues angefangen

Bei der Fernsprechfertigung mussten viele kleine Bohrungen mit hoher Präzision durchgeführt werden. Zunächst importierte Stock diese Fräser, verbesserte 1893 dann die US-amerikanischen Werkzeugmaschinen, so dass seine Spiralbohrerfabrik Marktführer wurde, aber dann 1903 (auch) an DeTeWe verkauft wurde.

Nach diesem Ausflug in die Telefonfertigung zog Stock nach Kolberg auf sein Gut Sophienwalde. Den damals üblichen Dampfpflug für die Landwirtschaft empfand er als zu schwerfällig – so konstruierte er einen Motorpflug, der die Motorisierung der Landwirtschaft einleitete (Stock-Motorpflug AG). 1911 begann in der Köpenicker Straße die Motorpflug-Produktion.

Heutzutage sitzt in der Zeughofstraße unter anderem Zalando – der Haupt-Firmensitz von DeTeWe ist mittlerweile in Baden-Württemberg und heißt jetzt „Ostertag DeTeWe“. Beide Firmen sollen auf „Wachstumskurs“ sein. Das hängt auch wieder mit Corona zusammen. So schließt sich der Kreis.

Stocks Wandgrab „Ausruhender Schmied“ auf dem Kreuzberger Luisenstädtischen Friedhof wurde von *Gerhard Janensch* gestaltet. Im *Kunstguss-Museum Lauchhammer* sind einige seiner Bronzeguss-Figuren ausgestellt. Den „Mann am Martinofen“ haben wir bei unserem Besuch vor dem Museum gesehen.

Hartmut Herold

Notdürftig: öffentliche Toiletten

Um das ärgerliche „Wildpinkeln“ einzudämmen, wurden schon lange mehr öffentliche Toiletten in der Stadt gefordert. Seit 2017 gibt es ein Toilettenkonzept von der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, das so alllmählich umgesetzt wird..

Noch viel mehr öffentlich zugängliche Toiletten wären wünschenswert. Durch die CORONA-Pandemie wird die Situation noch schwieriger, denn Kneipen und Restaurants sind geschlossen.

Die Firma Wall hatte 25 Jahre lang 234 City-Bezahl-Toiletten in Berlin betrieben, damit war Ende 2018 erst mal Schluss. Die Verkehrssenatorin Frau Günther wollte mehr Wettbewerb und so wurde diese Dienstleistung neu ausgeschrieben. Und wer hat gewonnen: Wall! Zum Glück wurde zumindest der Betreiber nicht gewechselt, denn dann hätte Wall alle bestehenden Toiletten schließen müssen. Jetzt soll alles in der Hauptstadt besser werden und bis 2022 soll es an 366 Standorten Toiletten geben. Vielleicht auch an 447 Standorten, aber erst frühestens 2024.

Im Ostseeviertel Zingster Straße in Höhe Ribnitzer Straße eröffnete im Dezember 2020 das erst neue behindertengerechte Toilettenhäuschen.

Es wäre auch anders gegangen, denn mit entsprechender Gesetzgebung und Finanzunterstützung könnten auch Toiletten in Gastronomiebetrieben öffentlich zugänglich gemacht werden.

Klaus Murawski

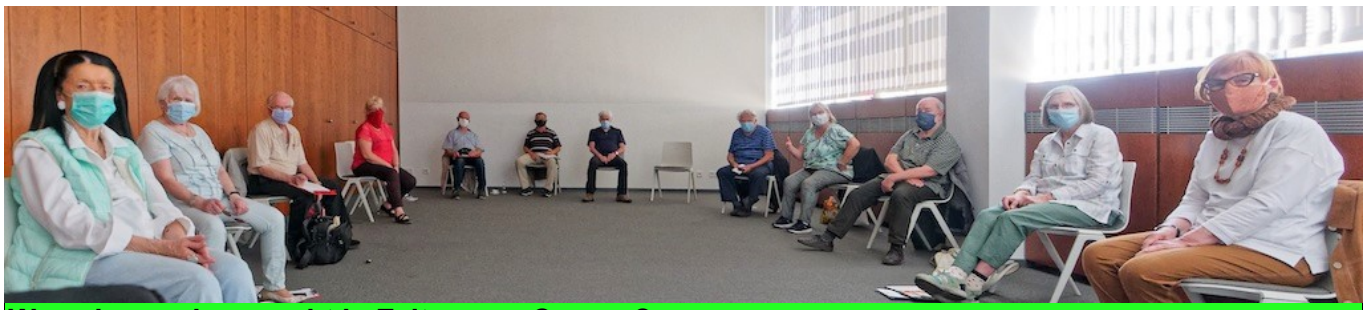
Cafe Achteck

Wenn man von öffentlichen Bedürfnisanstalten spricht, darf man das Modell „Cafe Achteck“ nicht vergessen. Seit etwa 1880 wurden sie in Berlin aufgestellt. Natürlich war die Benutzung kostenfrei und nur für Männer gedacht. An die Bedürfnisse der Damen wagte man nicht zu denken.

Von den grünen gusseisernen Rondellen gab es mal über 140 in Berlin, jetzt sind noch 30 übrig. Zum Teil renoviert, wie zum Beispiel dieses am Rüdesheimer Platz. Es wurde von Firma Wall finanziert und gestiftet und hat auch ein Segment für Damen.

Interaktive Karte der öffentlichen Toiletten Berlins:
https://daten.berlin.de/anwendungen/öffentliche-toiletten-berlins

Ramon Zorn



Was ging und was geht in Zeiten von Corona?

Mitgliedertreffen des Senioren-Arbeitskreises

Bis März 2020 lief alles wie gewohnt: Januar mit Schatz „Robert Redford ruft bald an“ im Renaissance-Theater, im Februar Theater im Palais mit „Hinter’m Ofen sitzt 'ne Maus“ und im März Betriebsbesichtigung von Mercedes-Benz in Ludwigsfelde. Dann fanden erst wieder im Juli und August jeweils eine Kulturerbefahrt per Schiff von Wannsee nach Potsdam statt, im September ein Besuch der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, ebenso eine Wanderung in Kladow zum Landhausgarten Dr. Fränkel.

Als neuer Stellvertreter wurde im Oktober Rolf Wittek als Nachfolger von Erol Yurdakan gewählt.

2021 sind bereits drei Mitgliedertreffen und eine Mitgliederversammlung ausgefallen! Darum:

Montag, den **15. März** und **12. April** gibt es von 10 bis 12 Uhr ein **Info-Telefon** unter **030 25387-110** um euch über den aktuellen Stand der Mitgliedertreffen und über andere Aktivitäten des Senioren-Arbeitskreises zu informieren.

AG Öffentlichkeitsarbeit *Foto: AG-Sitzung Juni 2020*